

Politisches Programm des AStA-Bewerber_innen-Kollektivs
für die Legislatur 2015/2016

Liebe Kommiliton_innen,
liebe Mitglieder des Studentischen Rats,

vor Euch liegt das Politische Programm der Bewerber_innen¹ für den AStA der Leibniz Universität Hannover (LUH) in der Legislatur 2015/2016.

In der jährlich stattfindenden Findungsphase haben wir - das sind Berfin, Gesa, Manda, Bodo, Christian, Felix, Patrick und Vincent – uns als Kollektiv zusammengefunden. In den letzten drei Monaten haben wir viel Zeit mit der Diskussion über hochschul- und allgemein-politische Themen verbracht und uns viele Gedanken über den AStA als Vertretung der Studierenden gemacht. Die Findungsphase ist als Prozess zu verstehen, in welchem unterschiedlichste (hochschul-)politische interessierte und aktive Menschen zusammenkommen, um sich darüber auszutauschen, wie sie sich eine gemeinsame Gestaltung der Studierendenvertretung vorstellen können. Welche Themen ihnen wichtig sind, welche Ziele sie verfolgen und wie diese umgesetzt werden sollen.

Das Ergebnis dieses Prozesses findet ihr auf den nachfolgenden Seiten: Das politische Programm der Bewerber_innen für das neue AStA-Kollektiv. In der kommenden Legislatur wollen wir mit acht Referaten die Vertretung der Studierenden der LUH übernehmen. Die Referate auf die wir uns bewerben wollen, sind Kommunikation und Öffentlichkeit, Finanzen, Studium und Kultur, Globalism & Organization, Fachschaften und hochschulpolitische Vernetzung, Politische Bildung, Kasse und Soziales. Wie auch die letzten AStA-Bewerber*innen vor uns, bewerben auch wir uns ausschließlich als Kollektiv. Unserer Meinung nach, ist das die einzig sinnvolle Form, um den Aufgaben einer Studierendenvertretung gerecht zu werden. Zudem begreifen wir viele unserer Programmpunkte und Aufgaben als gemeinsame Projekte und verstehen uns als ein basisdemokratisches, fachschaftsnahe und parteiunabhängiges Kollektiv, mit dem freiheitlichen Anspruch zur studentischen Selbstorganisation.

Deshalb sind zum Beispiel die Räumlichkeiten des AStA für uns keine Räume die den gewählten Referent*innen und SB-Stellen vorbehalten sind - sondern offen für alle. Es gilt studentische Räume frei von jeglicher Form der Diskriminierung zu begreifen und einzurichten. Uns liegt also viel daran, dass Studierende sich die Universität als ihren eigenen Raum aneignen, ihn aktiv mitgestalten und beeinflussen können. Frei von Diskriminierung bedeutet für uns, als politisch Denkende und Handelnde, dass wir uns gegen jegliche Form von Rassismus, Nationalismus, Sexismus, Homophobie und Antisemitismus stellen und dies auch in unser AStA-Handeln mit einfließen lassen werden. Auf den kommenden Seiten findet ihr unsere Bewerbungen und das Politische Programm des Bewerber_innen-Kollektivs für das kommende Jahr. Wir freuen uns über Menschen, die mit uns gemeinsam aktiv an der Umsetzung des Programms und damit an der Neugestaltung des universitären Alltags (mit-)wirken möchten und freuen uns auf ein spannendes und erfolgreiches Jahr.

Berfin, Gesa, Manda, Bodo, Christian, Felix, Patrick und Vincent

¹ >> Auch wir verwenden das Gender-Gap (z.B. Bewerber_innen), um damit über das geschriebene Wort allen Menschen Raum geben zu können. Dadurch versuchen wir in der schriftlichen Darstellung alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten (auch jenseits von hegemonialer gesellschaftlicher Zweigeschlechtlichkeit) einzubeziehen. Neben Frauen und Männern schließen wir mit dem Unterstrich explizit auch jene ein, die sich nicht einem dieser beiden Geschlechter zuordnen, beziehungsweise zuordnen lassen möchten, wie Intersexuelle, Transgender oder Transsexuelle.

Inhalt

1. Selbstverständnis und Struktur des AStA.....	1
2. Universität als Abbild der Gesellschaft.....	2
2.1. Mitbestimmung stärken.....	2
2.2. Freiräume schützen und erweitern.....	3
2.3. (Hochschul-)Politische Selbstorganisation.....	4
2.4. Gegen Überwachung und Kontrolle.....	5
3. Diskriminierung.....	7
3.1. Menschenfeindliche Ideologien.....	7
3.2. Ableism.....	8
3.3. Queer / Gender / Heteronormativität.....	8
3.4. Studieren mit Fürsorgeverantwortung.....	9
3.5. Zugang zum Studium.....	9
4. Universität als Ort von Bildung und Forschung.....	10
4.1. Hochschule im Kapitalismus.....	10
4.2. Hochschule im Wandel.....	10
4.3. Bildungszugänge und Hürden.....	10
4.4. Selbstbestimmtes Forschen und Lernen?.....	11
5. Sachbearbeiter_innen (SB-Stellen).....	12
6. Bewerbungen für die AStA-Referate.....	13
6.1. Finanzen.....	13
6.2. Kasse.....	14
6.3. Fachschaften und hochschulpolitische Vernetzung.....	15
6.4. Kommunikation und Öffentlichkeit.....	17
6.5. Politische Bildung.....	18
6.6. Globalism and Organization.....	19
6.7. Soziales.....	20
6.8. Studium und Kultur.....	21

1. Selbstverständnis und Struktur des AStA

Wir begreifen den AStA als (hochschul-)politisches Organ, welches die Belange von Studierenden in Entscheidungsprozessen unterstützt und ihnen als Sprachrohr dient. Diese Aufgabe möchten wir gerne gemeinsam als Kollektiv übernehmen. Wir sehen den AStA und damit die Studierenden, als Teil der Gesellschaft und erleben diese mit allen ihren Facetten und Problemen. Das Aufgabenfeld des AStA beschränkt sich nicht nur auf klassische Probleme von Studierenden, wie Prüfungsordnungen und Leistungsdruck sondern wir erleben auch hautnah die finanziellen Probleme, die soziale Ausgrenzung oder die Abschiebep Praxis in Niedersachsen, von der viele ausländische Studierende an der LUH betroffen sind.

Wir wollen eine Gesellschaft, die frei von Hierarchien ist. Autoritäre, zentralistisch organisierte Strukturen oder ausgrenzende Denkmuster lehnen wir ab. Wir setzen uns für ein befreites, demokratisches und solidarisches Miteinander ein.

Wir stehen Hierarchien kritisch gegenüber und wissen, dass wir uns aufgrund der Wahl in den AStA selbst in eine hierarchisch aufgebaute Struktur innerhalb des universitären Verwaltungsapparates wiederfinden würden. Wir werden in unserer Arbeit einen Schwerpunkt darauf setzen, den AStA allen Studierenden und Fachschaften näher zu bringen. Hierbei ist es besonders wichtig, Vorurteile gegenüber Studierenden ohne deutschen Pass, bestimmten Studiengängen, dem AStA etc. abzubauen, die leider bei vielen Studierenden bestehen.

Alle Mitglieder des neuen AStA begreifen sich als Kollektiv. Mit Hilfe dieser Organisationsform wollen wir auch intern Hierarchien abbauen und vermeiden. Wir sind acht Personen, die sich hiermit kollektiv für die Referate bewerben. Wir haben ähnliche Ziele und Wünsche und werden gleichberechtigt Entscheidungen treffen und handeln. Im Kollektiv sehen wir unsere Chance, gemeinsam die Verfasste Studierenden Schaft effektiv zu vertreten: Durch die Organisation als Kollektiv, können wir unsere individuellen Stärken voll ausspielen und gleichzeitig allen die angemessene Freizeit oder gar eine kurze Auszeit vom AStA ermöglichen, falls dies nötig werden sollte.

Seit drei Monaten beschäftigen wir uns mit einer möglichen Vorgehensweise, konkreten Ideen für unsere Legislatur und mit unserer Gruppenstruktur. Gemeinsame Projekte im Rahmen unseres Programms stehen bei uns im Vordergrund. Wir haben uns in der letzten Zeit viele Gedanken gemacht und werden unsere Ansprüche auf den folgenden Seiten ausführlicher darstellen. Die Referatsaufteilung verstehen wir hierbei als Schwerpunktsetzung, um Zuständigkeiten für bestimmte Bereiche im Vorfeld geklärt zu haben. Dabei finden wir es wünschenswert, Input zu unseren Referaten von anderen Referent_innen, Sachbearbeiter_innen und anderen Studierenden, aber auch Menschen außerhalb der Universität, zu bekommen.

Wir fühlen uns für den AStA und die dort anfallenden Aufgaben verantwortlich, unabhängig davon, ob sie zu unseren fest definierten Referatsaufgaben gehören oder nicht. Wir wollen alle Entscheidungen im Konsens treffen. Dies gibt uns die Möglichkeit, Kontroversen zu diskutieren und Argumente in Ruhe auszutauschen, anders als bei einer Mehrheitsentscheidung.

Zudem ist es uns wichtig, eng mit den Fachschaften zu kooperieren. Das geht unserer Meinung nach am besten über direkte Kontakte, weshalb sich in unserem Kollektiv auch einige wiederfinden, die zuvor in Fachschaften und/oder ihrem Umfeld aktiv waren.

Um ein umfassendes Angebot für die Studierenden bieten zu können, haben wir uns dazu entschlossen, die Öffnungszeiten des AStAs im Theodor-Lessing-Haus beizubehalten. Hierdurch soll weiterhin den Studierenden die Möglichkeit gegeben werden, bei Problemen, Fragen oder Anregungen den Weg zu uns zu finden. In diesem Zusammenhang werden wir uns bemühen, dass dies in naher Zukunft auch Studierenden möglich wird, die körperlich beeinträchtigt sind oder die deutsche Sprache nicht beherrschen.

2. Universität als Abbild der Gesellschaft

Wir als Kollektiv verstehen die Universität nicht als autonome Blase sozialen Lebens fernab äußerer Realitäten, sondern als Abbild der Gesellschaft. Die Universität ist Teil der Gesellschaft, wird von ihr beeinflusst und wirkt gleichzeitig auch auf gesellschaftliche Prozesse ein. Nicht nur für uns Studierende stellt die Universität einen zentralen Ort unseres Lebens dar, sondern für alle anderen Menschen, die an der Universität beschäftigt sind. Hierzu zählen sowohl die Professor_innen, Dozent_innen und wissenschaftlich Mitarbeitende, als auch Sekretär_innen und prekär Beschäftigte in den Mensen und den Reinigungsdiensten. Wir alle gemeinsam bilden, unter Berücksichtigung der Unterschiede zwischen den einzelnen Individuen, die universitäre Gesellschaft als Abbild der universalen Gesellschaft.

Wir möchten als AStA-Kollektiv bei den Studierenden das Bewusstsein dafür wecken, dass die Universität nicht nur als Dienstleisterin im Wissenschafts-/Ausbildungsbetrieb funktionieren könnte, sondern als Raum, in welchem wir aktiv Gegebenheiten und Prozesse mitgestalten und anstoßen wollen, die uns direkt betreffen. Wir möchten Studierende motivieren, aktiv an der Gestaltung des universitären Betriebs mitzuwirken, um darüber hinaus zu erkennen, dass auch die Gesamtgesellschaft zu verändern und eigenverantwortlich mitzugestalten ist.

2.1. Mitbestimmung stärken

Wir möchten als AStA-Kollektiv die studentische Mitbestimmung auf allen Ebenen stärken, sowie grundsätzlich das Interesse an hochschulpolitischem Engagement bei allen Studierenden vergrößern. Darüber hinaus sehen wir es als wünschenswert an, verschiedene Beschäftigte der Universität zu vernetzen, um Hierarchien abzubauen und gemeinsam die universale Gesellschaft und hochschul- wie allgemeinpolitische Prozesse diskutieren und auf sie einwirken zu können.

Die Hochschulpolitik bietet die reale Möglichkeit direkt an Entscheidungen mitzuwirken, die einen selbst betreffen, wie kaum eine andere politische Struktur. Die eigenen hochschulpolitischen Vertreter_innen sind bei Veranstaltungen und im Uni-Alltag anzutreffen, viele Gremien tagen hochschulöffentlich und gewähren auch Nicht-Gremienmitgliedern das Rederecht. Der Einstieg in die Hochschulpolitik ist somit möglich, auch ohne jahrelange (hochschul-)politische Erfahrung; ein Beispiel dafür ist die Bewerbung auf einen Sitz im Studentischen Rat.

Zum Einen sehen wir es als AStA-Kollektiv als unsere Aufgabe an, hochschulpolitisches Grundlagenwissen zu vermitteln, zum anderen wollen wir vor den nächsten Uni-Wahlen den studentischen Kandidat_innen wieder die Gelegenheit geben, sich und ihr politisches Programm den Wahlberechtigten bei Veranstaltungen vorzustellen sowie Ideen zu entwickeln, um diese Möglichkeiten weiter auszubauen. Natürlich werden wir als AStA auch wieder die jährliche Vollversammlung vorbereiten und ausrichten. Mit diesen Aufgaben verfolgen wir das Ziel die hochschulpolitischen Entscheidungsabläufe transparent zu gestalten. Wir gehen davon aus, dass mangelndes Engagement auch in der Unkenntnis der vorhandenen Möglichkeiten begründet liegt.

Um den ersten Schritt in die Hochschulpolitik zu erleichtern, stellt der AStA kostenloses Infomaterial zur Verfügung wie zum Beispiel den Flyer: „How to HoPo“ oder das „AStA-Info Buch“. In der Vergangenheit wurden diese Publikationen bereits teilweise auf Englisch übersetzt. Das Ziel des AStA-Kollektivs ist es die Informationen über Hochschulpolitik zukünftig noch in weitere Sprachen zu übersetzen. Dies soll zur Transparenz in der Hochschulpolitik beitragen und auch Studierenden, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, einen Zugang zur studentischen Mitbestimmung und aktiven Mitgestaltung der Universität erleichtern. Die praktische Umsetzung wünschen wir uns als studentisches Projekt, sodass sich verschiedene Studierende an der Übersetzung von diesen Publikationen, aber auch anderen hochschulpolitischen Texten (wie zum Beispiel die Sachbearbeiter_innen-Stellenausschreibungen, AStA-Homepage, Tischvorlagen für die Studierenden bei der Vollversammlung) beteiligen können.

Auf Ebene der gesamten Universität wollen wir wieder zwei Veranstaltungen abhalten: eine Veranstaltung zu der Wahl für die studentischen und akademischen Gremien, sowie eine einführende Veranstaltung zur Hochschulpolitik. Bei der ersten Veranstaltung können sich alle aufgestellten Kandidat_innen vorstellen und die ihnen wichtigen Punkte erläutern. Im Rahmen der zweiten Veranstaltung ist es unser Anliegen, die Hochschulpolitik und Gremienstruktur zugänglich zu vermitteln. Neben der Vermittlung von hochschulpolitischem Grundlagenwissen sehen wir es als AStA-Kollektiv als unsere Aufgabe an, Workshops und Veranstaltungen zu wichtigen Aspekten der Hochschulpolitik, aber auch ihrer Verbindung zur Allgemeinpolitik durchzuführen. Die universitäre Gesellschaft als Abbild der universalen Gesellschaft – soll unter anderem betont werden durch die Veranstaltungen zur politischen Bildung, welche von den inhaltlichen Sachbearbeiter_innen-Stellen im Laufe der kommenden Legislatur in Kooperation mit dem Referat für politische Bildung, außeruniversitären (politischen) Gruppen, etc. geplant und durchgeführt werden.

Diese Angebote sollen sich an interessierte Studierende richten, die bislang noch nicht hochschulpolitisch aktiv waren oder ihr hochschulpolitisches Engagement erweitern wollen. Um Studierende der Universität zu erreichen, ist die Zusammenarbeit mit den Fachschaften so wichtig wie unabdinglich. Wir wünschen uns, dass die Fachschaften, wie auch wir als AStA-Kollektiv, über die hochschulpolitischen Themen und Aufgaben hinaus, auch ihren gesetzlich verankerten Auftrag wahrnehmen, politisch bildend tätig zu werden.

2.2. Freiräume schützen und erweitern

Im Niedersächsischen Hochschulgesetz ist die kulturelle und politische Selbstverwaltung der Studierenden festgeschrieben. Um dies praktisch zu gestalten, halten wir studentische Frei- und Schutzräume an der Universität für absolut notwendig. Selbstverwaltete Räume sind für die Mitgestaltung von Studium und Universität durch Studierende essenziell. Der Zugriff auf eigene Räume gestaltet sich vor allem für Studierende schwer bis unmöglich. In der Vergangenheit haben

selbst Fach(schafts)räte häufiger Probleme gehabt, überhaupt einen eigenen Raum zu bekommen. Oft wurden auch Räume vergeben, die entweder im Keller oder weit von den Instituten der jeweiligen Fach(schafts)räte entfernt waren. Deshalb möchten wir die Fach(schafts)räte, aber auch andere selbstverwaltete hochschulpolitische Gruppen, dabei unterstützen, angemessene und nutzbare Räume für ihr Engagement zur freien Verfügung gestellt zu bekommen.

Genauso wichtig sind Räume, die dafür sorgen die Universität mit studentischem Leben zu füllen. In diesen Bereich fallen selbstverwaltete Cafés und Veranstaltungsorte. Diese Orte verstehen wir nicht nur als Freiräume sondern auch als Schutzräume. Diese Betonung ist uns wichtig, da es in diesen Räumen nicht ausschließlich um die freie Gestaltung durch Studierende geht, sondern wir wollen diese Räume frei von jeglicher Diskriminierung gestalten. Studierende sollen in diesen Räumen die Möglichkeit haben, sich frei von und geschützt vor gesellschaftlichen Normvorstellungen und Diskriminierung bezüglich Gender, Sexualität, Ethnie, Klasse und Body bewegen zu können.

Als AStA-Kollektiv verstehen wir nicht nur die ausgewiesenen Schutzräume sondern die gesamte Universität als Ort, welcher frei von Diskriminierung zu gestalten ist. Daher wünschen wir uns, dass sämtliche Veranstaltungen in diesen Räumen und Events, ausgerichtet von Studierenden der Universität und anderen, dieses Verständnis von Schutz- und Freiräumen teilen und sich an der praktischen Gestaltung dieser beteiligen. Beispiele dafür wären Awareness-Strukturen bei studentischen Partys zu schaffen und Veranstaltungstexte mit einem Disclaimer² zu versehen. Als Entwurf für einen solchen Leitfaden verweisen wir auf den Awarenessleitfaden³ des Autonomen Feministischen Kollektivs, den wir in der Zukunft gerne in den bereits bestehenden und zukünftigen studentischen Räumen und Partys beachtet sehen würden.

Die freie Gestaltung der Universität durch Studierende sehen wir nicht nur auf die (zu wenigen) ausgewiesenen Räume beschränkt. Jeder Ort an der Universität ist ein Raum für Studierende und alle anderen Menschen, die sich hier bewegen. Daher gilt es die Universität als gemeinsamen Ort zu verstehen und diesen als studentischen Frei- und Schutzraum zu gestalten.

2.3. (Hochschul-)Politische Selbstorganisation

In vielen Ausbildungswegen an der Universität gehören unbezahlte Pflichtpraktika und verpflichtende Auslandssemester inzwischen zum Standard. Ein Großteil von Studierenden und Studieninteressierten ist jedoch darauf angewiesen, sich Ausbildung und Lebensunterhalt durch Lohnarbeit zu finanzieren. Vollzeitpraktika und teure Auslandssemester kommen hier nicht in Frage. Damit liegen kaum zu überwindende Hindernisse auf ihrem Weg, die ihren persönlichen Lebensentwurf nicht nur beeinträchtigen, sondern in vielen Fällen gänzlich unerreichbar machen. Wir werden uns daher als Kollektiv für eine umfassende Ausfinanzierung des Studiums für alle Studierenden einsetzen. Außerdem wollen wir daran arbeiten, dass Hindernisse und Hemmnisse, die sowohl den Zugang zum, als auch den Abschluss des Studiums abgebaut werden. Die Universität muss allen Interessierten offen stehen.

² >> Veranstaltungs-Disclaimer des AStA: „Mitglieder rechter Organisationen und Personen, die in der Vergangenheit durch diskriminierendes Verhalten und/oder Äußerungen aufgefallen sind, sind von den Veranstaltungen ausgeschlossen. Ebenso führt rassistisches, antisemitisches, nationalistisches oder sexistisches Verhalten während unserer Veranstaltungen zum Ausschluss.“

³ >> <http://afk.blogspot.de/images/Leitfaden.pdf>

Darüber hinaus ist der akademische Betrieb in der durchrationalisierten unternehmerischen Hochschule ein Sammelbecken für prekär Beschäftigte. Aber nicht nur Studierende sind im alltäglichen Hauen und Stechen darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt als Hilfskräfte (bspw. in der Bibliothek oder als wissenschaftliche (Zu-)Arbeiter_innen an den verschiedenen Lehrstühlen) zu sichern. An der LUH arbeiten noch viele andere Menschen unter fraglichen Bedingungen: Weitere Beispiele wären hier: Dozierende des Mittelbaus, Dozierende mit befristeten oder freien Lehraufträgen aber auch Angestellte in der Mensa oder im Reinigungsdienst.

Um die eigene Ausbildung und/oder den Lebensunterhalt zu finanzieren, nehmen Studierende, Mitarbeiter_innen des Wissenschaftsbetriebs und Arbeiter_innen diese Bedingungen notgedrungen in Kauf. Wie in jedem anderen Arbeitsverhältnis innerhalb der Marktwirtschaft, existiert hier ein extremes Machtgefälle, welches sich durch bestehende Abhängigkeitsverhältnisse und befristete Verträge zusätzlich verschärft. Unter diesen Umständen scheuen viele der Beschäftigten davor zurück, sich zu organisieren und für ihre Rechte und die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen einzutreten. Wir glauben, das liegt vor allem darin begründet, dass die Betroffenen unzureichend informiert, organisiert, vernetzt und somit marginalisiert sind. Notwendig wäre es, eine handlungsfähige Basisstruktur zu schaffen, die lokal, überregional, bundesweit und international daran arbeitet, die aktuell noch prekären Verhältnisse neu zu gestalten. Als AStA-Kollektiv sehen wir es als unsere Aufgabe an, Studierende bei der Selbstorganisation zu unterstützen. Wir wünschen uns mündige Studierende, die selbstbewusst für ihre Rechte eintreten und bereit sind, sich die besseren Verhältnisse, die sehr wohl möglich erscheinen, zu erkämpfen.

Als hochschulpolitisch Aktive beobachten wir seit einiger Zeit mit großem Interesse, wie an anderen Hochschulen in Deutschland aber auch im Ausland, basisdemokratische Netzwerke und Strukturen entstehen, die genau das im Sinn haben. Unser Ziel ist es daher, die hannoverschen Studierenden mit diesen neuen Initiativen zusammenzubringen, damit Erfahrungen ausgetauscht und gemeinsam neue Strategien entwickelt werden können. Zusätzlich wollen wir mit bereits bestehenden Gewerkschaften und Organisationen weiterhin daran arbeiten und so ein breit aufgestelltes Bündnis mitgestalten, das in der Lage ist sich Gehör zu verschaffen.

2.4. Gegen Überwachung und Kontrolle

Studierende sind freie und mündige Menschen, die das Recht und die Fähigkeit haben, ihr Leben und Studieren eigenverantwortlich zu gestalten. Dabei stehen ihnen häufig *hier bitte Adjektiv der Wahl einfügen* Kontrollinstrumente im Weg. Ob das die Einführung von Regelstudienzeiten und die Sanktionierung ihrer Nichteinhaltung durch Langzeitstudiengebühren oder das BAföG-Amt sind. Ob Pflichtanmeldungen zu Klausuren, das Führen von Anwesenheitslisten oder ganz allgemein autoritäre Prüfungsordnungen dem selbstbestimmten Studieren entgegenstehen, spielt keine Rolle. Als AStA-Kollektiv werden wir uns dafür einsetzen, dass diese Kontrollmechanismen aus dem universitären Alltag verschwinden. Wir werden für die umgehende Durchsetzung der vom Senat verabschiedeten Musterprüfungsordnung eintreten, die Aktion Listenklau fortsetzen und uns neue Konzepte und Strategien überlegen, die ein Stück mehr Freiheit in unser Leben bringen und eigenverantwortliches Studieren endlich zulassen.

Dass Studierende, Lehrende und Angestellte in den Räumlichkeiten der Universität ständig überwacht werden ist eine traurige Tatsache. Der Wachdienst fertigt nach wie vor abends und am Wochenende Aufenthaltsprofile in den Gebäuden der Universität an, bei denen Name, Matrikelnummer, Aufenthaltsort und Zeitpunkt der Kontrolle erfasst werden. Eine derart sinnlose

Maßnahme, die dazu datenschutzrechtlich äußerst bedenklich anmutet, muss der Vergangenheit angehören.

Was an anderen Universitäten und Hochschulen in Deutschland oder im Ausland undenkbar wäre und in Griechenland sogar gesetzlich verboten ist, gehört in Hannover zum Alltag. Präsident a. D. Erich Barke erteilte der Polizei ein pauschales Wegerecht und berechnete sie so, zu jeder Tages- und Nachtzeit zum freien Zutritt auf das Universitätsgelände. So wurden unter anderem im letzten Wintersemester vermehrt sogenannte verdachtsunabhängige Personenkontrollen im Welfengarten und rund um die Fachbereichsbibliothek Sozialwissenschaften durchgeführt. Verfassungsrechtler_innen und Kritiker_innen dieser Maßnahme bezweifeln deren Rechtmäßigkeit und berufen sich dabei unter anderem auf Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz.

Doch selbst wenn dies nicht zutreffen sollte, stellen die anlasslosen Kontrollen noch immer eine unnütze Belästigung von Menschen und unzulässige Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit dar. Viele Studierende fühlen sich aufgrund negativer Erfahrungen allein durch die Präsenz von Polizist_innen bedroht und werden ein Zusammentreffen mit ihnen unter allen Umständen vermeiden wollen. Mitunter kommt es in der Begegnung mit Beamt_innen im Dienst zu traumatischen Erlebnissen, die auch noch Jahre später zu Unbehagen in deren Gegenwart führt. Wir setzen uns daher dafür ein, der Polizei das pauschale Wegerecht offiziell wieder zu entziehen und sie in Zukunft nur noch in Notfällen oder bei Notrufen auf dem Universitätsgelände passieren zu lassen.

Darüber hinaus hat sich die Universität nicht gerade mit Ruhm bekleckert, als sie die Videoüberwachung unter Missachtung datenschutzrechtlicher Standards flächendeckend einführte. Wir meinen, dass die Videoüberwachung keinen Nutzen hat. Die Überwachung macht alle Überwachten zu potentiellen Verdächtigen, sie entpersonalisiert die Beobachteten und zerstört Vertrauen. Wir mögen uns, wie auch unsere Vorgänger_innen, nicht mit den häufig vorgebrachten Argumenten anfreunden, die eine Überwachung befürworten.

Wenn z. B. Student_innen vor Übergriffen geschützt werden sollen, dann setzt Videoüberwachung zu spät an: Sie ist nicht etwa eine Präventivmaßnahme, die das Täter_inwerden verhindern könnte, sondern stellt lediglich ein Instrument dar, mit dem unter Umständen im Nachhinein Täter_innen der Strafverfolgung zugänglich gemacht werden können. Wenn es darum geht Übergriffe zu vermeiden, muss es aber darum gehen, ausgewiesene Frei- und Schutzräume für Studierende einzurichten, in denen diskriminierungsfreie Begegnungen möglich sind.

Grundsätzlich werden wir uns im Rahmen unserer AStA—Arbeit kritisch mit dem Thema Überwachung auseinandersetzen und dabei als Ziel die Einstellung aller an der Universität eingerichteten autoritären Kontrollinstanzen und durchgeführten Überwachungsmaßnahmen weiter verfolgen.

3. Diskriminierung

Alle Menschen sind verschieden - und das ist auch gut so. Doch individuelle Unterschiede wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, Herkunft, finanzielle Situation und/oder körperliche/psychische Einschränkungen führen in der Gesellschaft und in unserer Universität noch immer häufig zu Diskriminierung von Menschen, die von geltenden Normen abweichen. Wir wollen, dass alle Menschen ohne Leistungsdruck oder Angst studieren können. Leider ist dies momentan nicht möglich. Wir haben im Nachfolgenden einige Formen von Diskriminierung bzw. Ungleichheit ausgeführt, um darzulegen, wie wir diesen zusammen entgegentreten und Betroffene unterstützen wollen.

3.1. Menschenfeindliche Ideologien

Rassismus ist die Ideologie aus- und abgrenzender Denkmuster von und zwischen Menschen(gruppen). Als solche ist sie ein gesamtgesellschaftliches Problem und findet sich daher an unserer Universität, ebenso wie im Rest der Gesellschaft, in vielen Köpfen wieder. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Person, welche von rassistischen Stereotypen betroffen ist, Studierende_r mit oder ohne deutschen Pass ist. Opfer von Rassismus kann jede_r werden, der/die von anderen nicht als Teil des nationalen Kollektivs angesehen wird. Diese Einteilung in konstruierte Kategorien und kollektive Identitäten lehnen wir ab. Es ist uns egal, welche Hautfarbe, welchen Pass oder welche Herkunft ein Mensch hat. Die Zuweisung bestimmter Charakter- und Verhaltenszüge aufgrund willkürlich zugewiesener innerer und äußerer Merkmale ist und bleibt rassistisch.

Rassistische Ansichten werden einerseits mit immer stärkerer Intensität von Politiker_innen geäußert, andererseits führt dieser Rassismus zu einer immer stärker steigenden Anzahl tatsächlicher Gewalttaten gegenüber Geflüchteten und Menschen mit „fremdem“ Aussehen. Zahlreiche Studien belegen fortlaufend: Rassistisches Gedankengut findet sich nicht nur bei einigen wenigen Menschen am rechten Rand sondern auch in der „Mitte der Gesellschaft“. Daher ist es für uns besonders wichtig, derartigen Denkmustern konsequent entgegenzutreten. Wir wollen eine Universität ohne Rassismus!

Rassismus stellt jedoch nur eine Form von menschenfeindlicher Ideologie dar. Beschränkt sich die Zuweisung von Charakter- und Verhaltenszügen nicht mehr nur auf konstruierte Merkmale, wie Herkunft und Hautfarbe sondern wird durch eine vermeintlich schlüssige Theorie untermauert, ist von Faschismus zu sprechen. Die zentralen Elemente des Faschismus sind zum einen die Erniedrigung einer Statusgruppe auf Grund von rassifizierten Zuschreibungen und zum anderen die gleichzeitige Überhöhung der eigenen sozialen Gruppe beispielsweise als nationales Kollektiv oder als „Volksgemeinschaft“. Die daraus konstruierte Hierarchie gilt es dann durchzusetzen, weiter auszubauen und zu bewahren. Daraus resultiert ein unbedingter Herrschaftsanspruch.

Zu „Feinden“ werden jedoch nicht nur Gruppen auf der Grundlage von rassistischen Zuschreibungen erklärt sondern auch politische Gegner_innen und all jene, die die dahinterstehende Ideologie nicht teilen oder nicht in dieses Weltbild integriert werden können. Definiert sich eine Gruppe über ihre Staatsangehörigkeit oder ihre vermeintliche Volkszugehörigkeit, ist von Nationalismus zu sprechen.

„Jeder erbärmliche Tropf, der nichts auf der Welt hat, darauf er stolz sein könnte, ergreift das letzte Mittel, auf die Nation, der er gerade angehört, stolz zu sein.“ - A. Schopenhauer

Wir als AStA-Kollektiv lehnen alle menschenfeindlichen Ideologien gleichermaßen ab! Wir verweigern uns einer Hierarchisierung auf Grund von zufällig entstandenen oder vermeintlichen Merkmalen in jeglicher Form. Wir wollen eine Universität und Gesellschaft ohne Rassismus, Nationalismus und Faschismus!

3.2. Ableism

Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen haben im Universitätsbetrieb mit vielen zusätzlichen Hürden zu kämpfen. Die Leibniz Universität Hannover kann in keinerlei Hinsicht als barrierefrei bezeichnet werden. Angefangen bei räumlichen Zugangsschwierigkeiten, bis hin zu starren Prüfungsordnungen: physisch oder psychisch beeinträchtigte Studierende sind in ihren Chancen oft noch eingeschränkter als nicht beeinträchtigte Studierende. Die vorhandenen Härtefallregelungen, die ihre Situation verbessern sollen, sind keinesfalls ausreichend. Wir sehen großen Handlungsbedarf, auf die unzureichenden Bedingungen dieser Studierenden aufmerksam zu machen und ihnen einen barrierefreien Zugang zu allen Räumlichkeiten und universitären Angeboten zu ermöglichen.

Der Abbau von Barrieren jeglicher Art sollte nicht nur das erklärte Ziel der Universitätsleitung sein, sondern auch das der Verfassten Studierendenschaft. Daher soll die konkrete Umsetzung ein wichtiger Bestandteil unseres Handelns sein. Des Weiteren ist es unser Vorhaben, die Fachräte und Fachschaften stärker in ihre Pflicht als Student_innenvertretung zu nehmen und sie für Ableism zu sensibilisieren.

3.3. Queer/Gender/Heteronormativität

Das Denken und Einteilen von Menschen in die Geschlechtskategorien „Frau“ und „Mann“ ist ein in der Gesellschaft und daher auch in der Universität tief verwurzelter Mechanismus und stellt eine kategorisch falsche aber tief verwurzelte Tradition dar. Die (Re-) Produktion von Gender, Geschlechterrollen und einem heteronormativen Weltbild wird durch den allgegenwärtigen Zwang sich einer Geschlechtskategorie zuzuordnen, gewährleistet – auch an der Universität. Als Teil der Verfassten Studierendenschaft erteilen wir dem heteronormativen Standard der Uni eine Absage und setzen uns dafür ein, dass dies eine Selbstverständlichkeit wird. Wir wenden uns ausdrücklich von dem binären Geschlechtssystem ab und wollen eben dieses durch gezielte Aufklärung, themenspezifische Veranstaltungsreihen und politisches Engagement aufbrechen. Egal ob A-/bi-/homo- oder pansexuell, genderqueer, inter*, poly oder trans*,...: Wir wollen eine Universität ohne Diskriminierung!

Daher soll es ein weiterer Schwerpunkt des zukünftigen AStA-Kollektivs sein, die abgeschafften Gender Studies und die kritische Auseinandersetzung mit der Geschlechterpolitik, wie allgemein eine kritische Gesellschaftstheorie, wieder in den Fokus der universitären Lehre zu rücken. Die Aufklärung wollen wir vor diesem Hintergrund jedoch nicht als Ersatz dieses Angebots leisten, sondern tun dies, da es die Studierenden und die gesellschaftlichen Verhältnisse (er-)fordern. Deshalb werden wir weiter mit dem Autonomen Feministischen Kollektiv (AFK) in dieser Richtung aktiv sein.

3.4. Studieren mit Fürsorgeverantwortung

Die Universität ist ein in vielen Bereichen bedürfnisfeindlicher Ort. Das erstreckt sich auch auf die Gruppe Studierender, die eine Fürsorgepflicht gegenüber einer anderen Person haben. Dies kann z. B. die Erziehungsverantwortung mit Kind sein, welche sich im Alltag mit einer Reihe von Problemen konfrontiert sieht. Angefangen von fehlenden Wickel- und Stillräumen, über fehlende Betreuungsangebote, bis hin zum starren Korsett der Anwesenheitspflichten und Prüfungsordnungen, existiert eine Vielzahl von Hürden, die einer Person das Studium erschwert. Weitere Beispiele wären hier die Pflege von temporär oder dauerhaft körperlich oder psychisch Beeinträchtigten.

Hier gilt es an zwei Punkten anzusetzen: Einerseits müssen konkrete Barrieren abgeschafft werden und andererseits gilt es mehr Verständnis dafür zu schaffen, was es bedeutet eine Fürsorgeverantwortung übernommen zu haben und gleichzeitig zu studieren. Unserer Meinung nach, sollten sich Studierende mit Fürsorgeverantwortung nicht an die starren Rahmenbedingungen anpassen müssen. Stattdessen müssen sich die Verhältnisse an der Universität ändern!

3.5. Zugang zum Studium

Studierende müssen schon vor Beginn des Studiums über finanzielle Reserven verfügen, um überhaupt an dem Bewerbungs- und Auswahlverfahren teilnehmen zu dürfen. Damit ist die Freiheit ein Studium aufnehmen zu können, vielen von vornherein genommen. Aber auch die Angst kein BAföG mehr zu erhalten oder am Kapitalmarkt nicht (mehr) verwertbar zu sein, sind Probleme die viele Studierende kennen.

Die Universität unterliegt ganz klar der kapitalistischen Verwertungslogik. Zusätzlich erschwert wird dies, wenn keine deutsch-europäische Hochschulzugangsberechtigung vorliegt. Dort werden vorweg nahezu unlösbare Anforderungen an die Interessierten gestellt (Sprachnachweise, Visum, finanzielle Mittel). Oft scheitert eine Zulassung an den hohen Hürden der Bürokratie.

Im Studium selbst werden beständig neue Hürden aufgebaut. Sei es durch den Semesterbeitrag, strenge Auflagen und Repression durch das BAföG Amt oder der permanente Leistungszwang, um nach dem Studium wirtschaftlich verwertbar zu sein.

Viele Studierende müssen sich neben ihrem Studium in prekäre Arbeitsverhältnisse begeben. Oft genug kommt der Universität hierbei eine Doppelrolle zu: zum einen die Plattform des vermeintlich „freien Studierens“ zum anderen als Arbeitgeber mit den üblich strengen Auflagen des Arbeitsmarktes. Hält man dem Druck der verschiedenen Zwänge nicht stand, fällt man aus dem Raster und steht oft alleine da.

Dem wollen wir durch Beratungsangebote entgegenwirken (Hochschul- und Studienberatung, BAföG- und Sozialberatung), sowie durch Kampagnen zur Aufklärung beitragen. Weiterhin wollen wir die Universität und ihren eigenen Anspruch der „freien Lehre“ in die Pflicht nehmen und bessere Bedingungen für Studierende schaffen. Wir möchten ein Studium ohne Leistungszwang, finanziellen Druck und Ausgrenzung.

4. Universität als Ort von Bildung und Forschung

4.1. Die Funktion von Hochschule im Kapitalismus

Im Konzept von Hochschule zeigt sich, trotz aller jüngsten oberflächlichen Wandel, eine lange Kontinuität in der Bedeutung und Funktion für die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse. So hat die Hochschule zur Aufgabe, Studierende für Staat und Arbeit brauchbar zu machen und möglichst verwertbares Wissen zu produzieren.

Forschung an Hochschulen wird meistens dann betrieben, wenn sie für Unternehmen nicht rentabel erscheint. Nicht rentabel insofern, als dass häufig nicht im Vorhinein geklärt ist, ob die zu betreibende Forschung zu einem befriedigenden Ergebnis führt und ob sie wirklich dem betreffenden Unternehmen einen Vorteil in der Konkurrenz des Marktes zusichert. Forschung an staatlichen Hochschulen erscheint da deutlich sicherer und rentabler.

Auch private Unternehmen bilden Menschen zu Fachkräften aus, doch ist es bei Menschen nicht anders, als bei durch Forschung produziertem Wissen: Sie sind keine sicheren Investitionen. Eine fachliche Ausbildung kostet ungemein viel Geld und am Ende steht das Risiko, dass sich die Fachkräfte nach Abschluss ihrer Ausbildung doch für das Konkurrenzunternehmen entscheiden. Also ist die Bildung ebenso in großem Maße Aufgabe von staatlichen Hochschulen. Diese führen als Disziplinaranstalt der schon Disziplinierten (denn im Bereich der tertiären Bildung hat die größte Selektion schon stattgefunden) die Zurichtung der Menschen weiter. Als willfähige Arbeitskräfte und Staatsbürger_innen von der Schule verbogen und auf die kapitalistische Verwertung vorbereitet, werden die Subjekte an Hochschulen schließlich am humboldtschen Ideal zu „selbstbestimmten“ Funktionsträger_innen degradiert.

4.2. Hochschule im Wandel

Die grundsätzlichen gesellschaftlichen Funktionen, die der staatlich organisierte Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb erfüllt, bestimmt auch die Form mit der dieser auftritt: Die Institutionen des Bildungswesens wurden immer wieder an die sich verändernde Arbeitsteilung und an die Reproduktionserfordernisse kapitalistischer Herrschaft angepasst, d.h. es ergibt sich notwendig immer wieder neuer Reformbedarf. Die Hochschulreformen seit den 90er Jahren sind mit einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung verbunden, im Sinne einer noch effizienteren Verwertung aller potentiellen Arbeitskräfte. Der Wettbewerbsmechanismus wurde und wird weiterhin auch im Bereich der Bildung (wie in allen Bereichen sozialer Strukturen) zum regulierenden Faktor.

Am Konzept „autonome Hochschule“ führt sich, durch seine Finanzierung (Drittmittel, leistungsorientierte Mittelvergabe der Länder, wettbewerblich organisierte Förderprojekte wie die Exzellenzinitiativen) und Leitungsstrukturen (größere Macht für die Rektorate z. B. durch eigenständigen Zugriff auf Globalhaushalte und Abbau alter Kontrollorgane der Gruppenhochschule) selbst ad absurdum.

4.3. Bildungszugänge und -hürden

Das Thema Bildungsgebühren bleibt ein wichtiges Aktionsfeld innerhalb der Verfassten Studierendenschaft. Auch nach der Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren werden weiterhin

der so genannte Verwaltungskostenbeitrag sowie Langzeitstudiengebühren für das Studieren in Niedersachsen erhoben. Vor dem Hintergrund der Umsetzung der Schuldenbremse in Bund und Ländern, erscheinen auch erneute Diskussionen über eine Wiedereinführung allgemeiner Studiengebühren in den kommenden Jahren wahrscheinlich. Diese Bildungsgebühren stehen immer noch für den neuen Status von Studierenden innerhalb neoliberaler Bildungskonzepte. So führen auch die jetzigen Bildungsgebühren dazu, dass Personen mit geringen finanziellen Mitteln vom Studium abgehalten werden. Sie degradieren Studierende zu Kund_innen, die nun angeblich über ihre Kaufkraft regulierend eingreifen könnten. Das Verhältnis zwischen dem idealtypischen Dienstleistungsbetrieb und Studierenden wird damit über einen Quasi-Kaufvertrag geregelt.

Dies sind nur die offensichtlichen Gründe wie Bildungsgebühren uns als Studierende oder Studieninteressierte bestimmen. Gebühren für Bildung fangen jedoch nicht erst an der Uni an. Ab dem Kindergarten müssen wir für Bildung bezahlen, sei es für Kita-Plätze, Lehrmittelzuschüsse oder vieles mehr. Dementsprechend sind nicht nur wir, als Studierende, dem Problem von Bildungsgebühren ausgesetzt. Deshalb halten wir eine Vernetzung mit anderen Statusgruppen und gemeinsame politische Konzepte für sinnvoll, um der Verschärfung von sozialer Ungleichheit entgegen zu treten.

Neben den Bildungsgebühren gibt es weitere, weniger offensichtliche Beispiele für die, über ökonomische Mechanismen sich vollziehende, Ausgrenzung aus dem Bildungsprozess. Exemplarisch sollen hier die in den letzten Jahren steigenden Zugangsvoraussetzungen zum Studium in Form von Vorkenntnissen abseits der Hochschulzugangsberechtigung, etwa durch Sprachkenntnisse oder vorgeleistete Praktika stehen. Aber auch die, in einigen Bundesländern bereits experimentierten neuen Zulassungsverfahren, wie kostenpflichtige Testverfahren und Interviews, gehören zu diesen Mechanismen der Ausgrenzung. Anhand derer Hochschulen in Zukunft selber entscheiden sollen, wem sie in diesem „freien“ Marktverhältnis ihre Dienste zukommen lassen. Weiterhin stehen das alters-, leistungs- und einkommensabhängige BAföG und die Regelstudienzeiten für die allgegenwärtige Drohung des Ausschlusses.

Wie diese neue Form des Bildungs- und Wissenschaftsbetriebs ihre Zugriffspunkte auf das Individuum erhöht, indem sie in immer mehr Denk- und Handlungsbereichen die Zwänge der Marktlogik etabliert, zeigen u. A. die Beispiele der technokratischen Evaluationssysteme, die vorgelagerten Qualifikationsrahmen, Modularisierungen, die bildungspolitische Währung „ESC“, etc.

4.4. Selbstbestimmtes Forschen und Lernen?

Wissenschaft sollte, statt „die Ewigkeit der gegenwärtigen zu begründen“ der menschlichen Befreiung und damit der Ausweitung vernünftiger Handlungsspielräume dienen. Das betrifft sowohl die sinnvolle Nutzbarmachung der Natur mit Hilfe von Technik und fortschrittlichen Produktionsweisen, als auch die vernünftigen Organisation der Gesellschaft. Obwohl es wissenschaftlicher Praxis darum zu tun wäre, Zusammenhänge aufzudecken, ist sie gemeinhin außerstande, die eigene Eingebundenheit in die gesellschaftliche Totalität zu reflektieren, die ihre Funktion und die Richtung ihrer Arbeit bestimmt. Dieser Totalität zum Trotz, wollen wir davon ausgehen, dass wissenschaftliche Erkenntnis und Bildung einen eminenten Beitrag zur Transformation des gesellschaftlichen Ganzen leisten können. Sie bilden die theoretische Grundlage politischer Praxis. Wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Fortschritt sind also auf einander bezogen. Politische Interventionen, die diesem Beziehungsgeflecht Rechnung tragen wollen,

bedürfen demnach möglichst genauer Analysen der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse, wie auch der Funktionsprinzipien heutiger Wissensproduktion.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten können wir durch unterstützende Tätigkeiten sowie durch unsere Kritik am Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb minimale Freiheiten (zurück) erkämpfen. Die direkte Hilfe schlägt sich beispielsweise in den AStA-Darlehen, der BAföG- und Sozialberatung, den Mensa Freitischen oder auch in den weiteren Beratungs- und Hilfsangeboten für Studierende und Studieninteressierte nieder. Das alles kann aber nur der Anfang sein! Wir möchten sowohl Menschen helfen, die durch finanzielle oder andere Schwierigkeiten besonders stark von Bildungsgebühren und Bildungshürden betroffen sind, als auch versuchen, die richtigen Forderungen im Falschen zu stellen: die Abschaffung aller Bildungsgebühren und das Einreißen aller Hindernisse und Hürden – für selbstbestimmtes Lernen!

5. Sachbearbeiter_innen (SB-Stellen)

SB-Stellen bilden einen zentralen Bestandteil des AStA-Kollektivs. Neben den Referaten stellen sie ein breites Netzwerk an Serviceleistungen und inhaltlichem Engagement, die im universitären Alltag unersetzlich sind. Sie realisieren diverse Kampagnen und Projekte, leisten politische Aufklärung und stehen den Studierenden beratend zur Seite. Dabei sehen wir diese nicht als Zuarbeiter_innen oder Unterstützung der Referate, sondern verstehen das AStA-Kollektiv erst durch die Sachbearbeiter_innen als vollständig.

Da wir (Wissens-)Hierarchien entgegenwirken wollen, werden wir sowohl die inhaltlichen als auch die administrativen und beratenden SB-Stellen in alle anfallenden Aufgaben des AStA einbinden. Auch sind wir der Meinung, dass dadurch eine progressive Legislaturperiode möglich wird. Des Weiteren wünschen wir uns, dass sich einzelne Sachbearbeiter_innen untereinander, aber auch mit (hochschul-)politischen Gruppen und natürlich den Referent_innen zusammensetzen, um gemeinsame Projekte zu verwirklichen. Dadurch erwarten wir das Entstehen eines breit gefächerten Angebots in einer angenehmen Atmosphäre.

Um die verschiedenen Bereiche unseres Programms und die AStA-Serviceangebote umfassend abdecken zu können, planen wir die Einrichtung folgender Stellen:

Sachbearbeiter_innen Stelle	Anzahl der Stellen
Geschäftszimmerdienst (GZD)	4,5
BAföG- und Sozialberatung	5,5
Servicebüro	2,5
Hochschul- und Studienberatung	2,5
System-Administration	1
Layout	1
Darlehen	2
AStA-Druckerei	1
Archiv	1,5
Admission	0,5
Antirassismus	0,5
Haskala	0,5

Antifaschismus	1
Antikapitalismus	0,5
Zivilklausel	0,5
Teilhabe	1
Frauen und Geschlechterpolitik	1
Queer-Politik	1
Veranstaltungstechnik und Medien	1
Semesterticket und Mobilität	1
Akademische Selbstverwaltung	1

Der AStA hat mittlerweile einige Veranstaltungstechnik angeschafft, die der Studierendenschaft zu verschiedenen Anlässen zur Verfügung gestellt und an Studierende verliehen wird. Mit der neu geschaffenen Stelle „Veranstaltungstechnik und Medien“, wollen wir gewährleisten, dass diese jederzeit voll funktionsfähig ist und ihrem Wert entsprechend gewartet werden. Neben diesem Betätigungsfeld soll sich der_die Sachbearbeiter_in damit befassen, dass bei Verleih der Technik ein sorgsamer Umgang durch eine fachgerechte Nutzung erfolgen kann. Darüber hinaus können Veranstaltungen medial begleitet werden (beim Auf- / Abbau, Mitschnitte, etc.).

Ebenso soll die Stelle „Semesterticket und Mobilität“ eingerichtet werden, die sich mit der Umsetzung und Betreuung des „Semesterticket-Ausfall-Fond“ Projekts beschäftigen und dessen Fortgang betreuen soll. Außerdem ist eine interne und externe Vernetzung gewünscht, damit gemeinsam mit anderen ASten bundesweit weiterhin an einem solidarischen Prinzip im Bereich der Mobilität gewirkt werden kann.

Wegen der Umstrukturierung und Umbenennung des ehemaligen Referats „Ausländer_innen“ zu „Globalism & Organization“, wollen wir die SB-Stelle „Admission“ schaffen, welche sich als Teil des AStA in erster Linie in enger Kooperation mit der „Ausländer_innen Kommission“ mit den Belangen von Studierenden befassen soll, die nicht über einen deutschen Pass und eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung verfügen – den sogenannten „Bildungsausländer_innen“. Da diese Stelle zum Einen strukturelle Vernetzung betreiben muss und zum Anderen mit wöchentlichen Sprechstunden beratend tätig sein wird, soll sie mit einer halben Stelle in der Hochschul- und Studienberatung verankert werden und mit einer weiteren halben Stelle unter der Bezeichnung „Admission“ planerisch tätig werden.

6. Bewerbungen für die AStA-Referate

6.1. Bewerbung für das Referat „Finanzen“

Liebe Kommiliton_innen,
 liebe Mitglieder des Studentischen Rats,

mein Name ist Patrick, ich bin 28 Jahre alt und studiere im Master Bildungswissenschaften an der Uni Hannover. Einblick in die hannoversche studentische Selbstverwaltung konnte ich durch meine Tätigkeiten in der letzten Legislaturperiode als Sachbearbeiter „Haskala“ und im Jahr zuvor im Bereich der „Zivilklausel“ erhalten. Während meines Bachelorstudiums an der Uni Konstanz war ich

zudem längere Zeit in zahlreichen Gremien der universitären als auch (lokalen und bundesweiten) studentischen Selbstverwaltung tätig.

Das Referat für Finanzen übernimmt die grundlegende und verantwortungsvolle Aufgabe der Verwaltung der Gelder der Studierendenschaft. Ich möchte diese Tätigkeit gewissenhaft handhaben und transparent gestalten. Dabei möchte ich an das erfolgreiche Wirken der letzten Jahre anknüpfen. Im Bereich der Verteilung der Fachschaftsgelder und der Prüfung der Kassen möchte ich selbstverständlich Ansprechpartner für die Fachräte und Fachschaftsräte sein. Die Berechnung der Fach(schafts)ratsgelder entlang der Studierendenzahlen der einzelnen Fächer gehört wie die Prüfung der ordnungsgemäßen Führung der Kassen zu den wichtigen Aufgaben des Finanzreferats, die ich gerne sorgfältig erledigen möchte.

Auf Grund der positiven Rückmeldungen in den letzten beiden Jahren, möchte ich wieder ein Kassenführungsseminar organisieren, insbesondere um neuen Kassen- und Finanzverantwortlichen in den Fach(schafts)räten bei der Einführung in ihre Aufgaben behilflich zu sein.

Im Bereich des Semestertickets möchte ich mich in die Verkehrs-LAK einbringen und zusammen mit der neuen SB-Stelle "Mobilität und Semesterticket" Verhandlungen führen und die Forderung nach einem niedersächsischen Verbundticket unterstützen sowie für eine größere Transparenz in der Preisgestaltung sorgen. Auch die Abhandlung der Teilautoabrechnungen möchte ich im kommenden Jahr als Finanzreferent aufrechterhalten.

Mir ist die rechtliche, aber auch moralische Verantwortung gegenüber der Studierendenschaft, die mit diesem Referat einhergeht, bewusst und sehe mich in der Lage, dieser nachzukommen.

Über den (technokratischen) Rahmen des Referates hinaus, möchte ich die Projekte weiterführen, die mich in den letzten Jahren beschäftigt haben. So möchte ich in Kooperation mit den anderen Referent_innen und Sachbearbeiter_innen, wie mit dem Symposium Wissenschaftskritik und den Veranstaltungen zur Kritik des Antisemitismus, gerne auch weiterhin inhaltliche Punkte setzen. Selbstverständlich will ich mich auch im Kollektiv an den größeren Projekten wie beispielsweise dem Festival Contre Le Racisme oder der Er_Sie-Woche aktiv mitwirken.

Meine Bewerbung gilt nur als Teil des Kollektivs mit Berfin, Bodo, Christian, Felix, Gesa, Manda und Vincent.

6.2. Bewerbung für das Referat „Kasse“

Liebe Kommiliton_innen
liebe Mitglieder des Studentischen Rates,

mein Name ist Felix. Ich bin 21 Jahre alt und studiere Politikwissenschaft im 4. Bachelor-Semester. Hiermit bewerbe ich mich für die kommende Legislatur 2015/2016 auf das Amt des Kassenreferenten im Allgemeinen Studierendenausschuss.

In der Legislatur 2014/2015 habe ich durch mein Wirken als „Sachbearbeiter Distribution“ und der Beteiligung im „Arbeitskreis zum Umgang mit menschenfeindlichen Ideologien“ bereits Erfahrung in der Hochschulpolitik sammeln können, die ich nun weiter ausbauen möchte.

Die Kasse ist die „Zahlstelle“ der Verfassten Studierendenschaft. Hier wird der komplette Zahlungsverkehr der Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover abgewickelt. Zu den Aufgaben zählen die Auszahlung bzw. die Überweisung von Geldern. Beispielsweise wären das: AStA-Darlehen, bewilligte Finanzanträge, Fachschaftsgelder, Rückerstattungsbeiträge des Semestertickets sowie jegliche Rechnungen des AStA.

Obwohl die allgemeinen Studiengebühren zum Semester 2014/2015 abgeschafft wurden, ist ein Studium immer noch mit hohen Kosten verbunden. Noch immer gibt es einen Verwaltungskostenbeitrag, auch wird der Semesterbeitrag durch höhere Semesterticketkosten und Beiträge des Studentenwerkes steigen. Darüber hinaus gibt es noch Gebühren für Langzeitstudierende und für ein Zweit- oder Drittstudium. Daher ist es wahrscheinlich, dass zahlreiche Studierende die Darlehen der Studierendenschaft in Anspruch nehmen werden. Vielen Studierenden wird dieses Darlehen helfen, den halbjährigen Beitrag zu zahlen.

Ein weiterer Aufgabenbereich wird die monatliche Zahlung von Aufwandsentschädigungen für die Referent_innen, Senator_innen, SB-Stellen sowie Schriftführer_in des Studentischen Rates sein. Des Weiteren muss sich um Geldanlagen, Sparbücher Termingelder und deren Abläufe gekümmert werden.

Neben den vorgegebenen Strukturen des Kassenreferates, möchte ich einige Projekte fortsetzen oder umstrukturieren, die ich während der letzten Legislatur begonnen oder an denen ich mitgewirkt habe: Die Distribution soll umstrukturiert werden und nicht mehr als eigene Sachbearbeiter_innenstelle, sondern als Aufgabe des Kollektivs fungieren. Weiter möchte ich mich dafür einsetzen, dass Protokolle der AStA-Sitzungen online bereitgestellt werden und Hochschulpolitik insgesamt transparenter wird.

Wie mein Vorgänger Marius, möchte ich mindestens zwei Sprechstunden pro Woche anbieten. Um Studierenden eine möglichst schnelle Auszahlungen der Gelder zu gewährleisten. Hierdurch möchte ich schnell erreichbar sein und lange Wartezeiten, welche für einige Studierende mit großen Problemen verbunden sein können, vermeiden. Gleichzeitig möchte ich damit ein persönliches Verhältnis zu den Menschen aufbauen und so bürokratische Abläufe menschlicher handhaben.

Im letzten Jahr konnte ich bereits einige Einblicke in das Wirken der Referent_innen sammeln und bin mir daher bewusst, dass das Amt ein hohes Maß an Verantwortung voraus setzt. Meine Bewerbung gilt nur zusammen mit Patrick, Gesa, Bodo, Manda, Vincent, Christian und Berfin. Mit Ihnen habe ich in den letzten vier Monaten viele Stunden zusammen verbracht und bin mir sicher, dass wir zusammen als Kollektiv unsere angestrebten Projekte erfolgreich meistern können.

6.3. Bewerbung für das Referat „Fachschaften und hochschulpolitische Vernetzung“

Liebe Kommiliton_innen,
liebe Mitglieder des Studentischen Rats,

ich bin Vince, 23 Jahre alt und studiere Politikwissenschaft und Germanistik im 8. Fachsemester des Fächerübergreifenden Bachelors. Seit nun zwei Jahren bin ich für den Fachrat Politik aktiv und konnte Erfahrung in verschiedenen Gremien sammeln. Um dieses hochschulpolitische Engagement zu vertiefen, bewerbe ich mich als Teil des Kollektivs auf das Referat „Fachschaften und

hochschulpolitische Vernetzung“. Im Folgenden möchte ich diese Entscheidung begründen und Euch Projekte vorstellen, die ich gerne in der kommenden Legislatur anstoßen möchte.

Ein Studium ist nichts, was einem von anderen Menschen oder von anderen Institutionen vorgeschrieben werden darf. Es ist vielmehr ein eigenständiger Prozess des Bildens und Verwirklichens der eigenen Vorstellungen.

Es kann nicht sein, dass Ministerien, Präsidien oder Kommissionen ohne Rückkopplung an diejenigen, die das Studium betrifft, Entscheidungen und Beschlüsse fassen, die uns in unseren Vorstellungen beschränken. Wir als Student_innen haben das Recht selbst zu bestimmen wie wir studieren wollen!

Genau an diesem Punkt will ich ansetzen: Es ist wichtig, dass strukturelle Aspekte der Hochschulpolitik für jede Person unabhängig ihrer Wissensbasis verständlich und transparent sind.

Als Interessenvertretung der Student_innen fällt den Fach(schafts)räten der einzelnen Fachgruppen hier eine wichtige Aufgabe zu. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass eine Vernetzung auch auf dieser Ebene essenziell für Anliegen und fachgruppenübergreifende Projekte sind und möchte dementsprechend die von meiner Vorgängerin einberufenen Fachschaftskonferenzen beibehalten und ausbauen. Ebenso sollen die studentischen Vertreter_innen im Senat, der Fakultätsräte und anderer Gremien besser in diese eingebunden werden um eine transparente Rückkopplung zu gewährleisten.

Des Weiteren will ich die vorhandenen AStA-Strukturen und -Bestrebungen festigen und somit erreichen, dass sich auch die studentischen Vertreter_innen in akademischen Gremien untereinander vernetzen können, um so auch fakultätsübergreifend produktiv interagieren und Dinge verändern zu können. Dafür ist es notwendig, ein Netzwerk zu schaffen, das unabhängig von Wissenshierarchien funktioniert und auf Grund seiner Aktualität auch effizient angewendet werden kann.

Um gerade neue Student_innen für die Hochschulpolitik zu begeistern und somit dem Auftrag zur Politischen Bildung nachzukommen, halte ich es für essentiell, dass Veranstaltungen und Reader in Kooperation mit verschiedenen Fach(schafts)räten oder auch nur mit Unterstützung durch den AStA organisiert werden. Hierbei soll sich das Ganze auf Grund der geschaffenen und verfestigten Kommunikationsstrukturen und Vernetzungsmöglichkeiten untereinander zu einem eigenständigen Prozess entwickeln, welcher nicht auf bestimmte Personen oder Zeiträume begrenzt ist.

Ebenso ist eine stärkere und unabhängige Vernetzung des Mittelbaus, der Verwaltung und der studentische Hilfskräfte eine Möglichkeit, Universität so zu gestalten, wie sie sich die Betroffenen vorstellen.

Die Aktualisierung, Verbesserung und Neustrukturierung des Wikis und die damit verbundenen Basics zur Kampagne „How-to-HoPo“ möchte ich als ganzheitliches Projekt mit anderen Referaten, vor allem mit dem für „Kommunikation und Öffentlichkeit“, angehen.

Ein weiteres Anliegen ist die Schaffung, Optimierung und Beibehaltung der studentischen Frei- und Arbeitsräume. Gerade aus persönlicher Erfahrung als Fachratsmitglied weiß ich, dass adäquate Arbeits- und Lernräume für Student_innen oftmals nicht gewährleistet sind und der Wunsch nach eben jenen, von Universitätsseite oftmals keine Berücksichtigung findet. Hier kann ich mir Vorstellen zusammen mit dem Kollektiv, insbesondere mit dem Referat für „Studium und Kultur“, Missstände aufzuzeigen und Interessen von Student_innen zu artikulieren.

Ich möchte die von meiner Vorgängerin in diesem Bereich eingeführte Sprechstunde in den Räumlichkeiten des AStAs beibehalten, um spontan auftretende Schwierigkeiten unmittelbar zu besprechen.

Da ich diese Projekte bestmöglich mit anderen Menschen realisieren kann, verstehe ich meine Kandidatur als Teil dieses Kollektivs. Ich bin der Überzeugung, dass Bündnisse und somit die Bündelung von Interessen eine größere Erfolgchance haben, als die Problembewältigung als Einzelperson. Gerade bei anfallenden größeren und lang andauernden Projekten sind für mich diese Menschen unerlässlich. Somit kann ich sagen, dass mit Berfîn, Gesa, Manda, Christian, Felix, Bodo und Patrick diese Vorhaben funktionieren werden und sehe meine Kandidatur so nur im Rahmen dieses Kollektivs.

6.4. Bewerbung für das Referat „Kommunikation und Öffentlichkeit“

Liebe Kommiliton_innen,
liebe Mitglieder des Studentischen Rates,

mein Name ist Bodo und ich studiere an der LUH Politikwissenschaften. Gemeinsam mit Berfîn, Gesa, Manda, Christian, Felix, Patrick und Vincent bewerbe ich mich für das AStA-Kollektiv der Legislatur 2015/2016. Genauer: auf das neu eingerichtete Referat für Kommunikation und Öffentlichkeit.

Mein Denken und Handeln im Alltag ist geprägt von meinen politischen Überzeugungen und Ideen. Entsprechend bin ich seit einigen Jahren in unterschiedlichen, losen Zusammenhängen politisch aktiv. Bereits seit Beginn meines Studiums engagiere ich mich auch hochschulpolitisch und vertrete dabei eine kritische Grundhaltung. Gleichzeitig bin ich überzeugt, dass es im akademischen Betrieb, wie kaum in einem anderen politischen und sozialen Zusammenhang, möglich ist, Dinge die mich und meine Mitstudierenden direkt und persönlich betreffen, aktiv mitzugestalten. Beispielsweise war ich am „Arbeitskreis zum Umgang mit menschenfeindlichen Ideologien“ beteiligt, der in den vergangenen Semestern eigene Vorlesungen und Seminare rund um das Thema Menschenfeindlichkeit organisiert und durchgeführt hat.

Im letzten Jahr habe ich darüber hinaus im AStA als Sachbearbeiter auf der Anti-Rassismus Stelle erste Erfahrungen mit den Vorgängen im AStA gesammelt. Dabei konzentrierte sich mein Handeln vor allem im Bereich der politischen Bildung. Ich habe dabei selbst einige Vorträge in Hannover und Hildesheim gehalten, Stellungnahmen und Presseerklärungen für die Studierendenschaft verfasst und Artikel für die KontrASt geschrieben. Darüber hinaus habe ich an der Planung und Umsetzung diverser Veranstaltungen und der Planung des FCLR mitgewirkt. Einen guten Einblick habe ich dabei in das kollektive Engagement des AStA bekommen.

Obwohl die Studierenden die zahlenmäßig größte Statusgruppe an der Universität darstellen, sind sie in den entscheidenden Gremien noch immer unterrepräsentiert und an vielen wichtigen Entscheidungen bisher kaum beteiligt. Um für die Belange der Studierendenschaft einzutreten, braucht es daher umso mehr eine breit aufgestellte, zielgerichtete und effektive Öffentlichkeitsarbeit. Gerne möchte ich in der kommenden Zeit meinen Beitrag leisten, wenn es darum geht, den Studierenden eine Stimme zu verschaffen, die nicht nur gehört, sondern auch ernst genommen und respektiert wird.

Durch meine Berufsausbildung und die folgenden Tätigkeiten vor Wiederaufnahme meines aktuellen Studiums, bin ich vertraut mit Öffentlichkeitsarbeit im weitesten Sinne. Ich habe bereits an diversen On- und Offline Kampagnen mitgewirkt, Webseiten konzeptioniert, (mit)gestaltet, beworben und mit Inhalten gefüllt. Außerdem bin ich erfahren im Umgang mit Pressevertreter_innen.

In Zukunft würde ich mich gerne, neben den Routineaufgaben der AStA-Öffentlichkeitsarbeit - wie der Information von und dem Kontakt zu Presseorganen und -Vertreter_innen, verschärft in der internen und externen Kommunikation und Vernetzung der Studierenden der LUH einsetzen. Mein Fokus soll dabei auf den neuen Medien liegen. Außerdem möchte ich die diversen Online-Auftritte des AStA bündeln, übersichtlicher gestalten, mit Übersetzungen statischer Inhalte für mehr Transparenz in der Hochschulpolitik sorgen und ihnen in Kooperation mit der/dem Sachbearbeiter_in für Layout einen neuen Look verpassen.

Die KontrASt soll mehr Struktur bekommen und zusätzlich endlich (!) als Online-Magazin verfügbar werden. Gerne möchte ich dabei die Fachschaften und -räte, die einzelnen Sachbearbeiter_innen und alle weiteren interessierten Studierenden einbinden. Darüber hinaus freue ich mich, mich im Kollektiv an spannenden Projekten und Kampagnen zu beteiligen.

6.5. Bewerbung für das Referat für „Politische Bildung“

Liebe Kommiliton_innen,
liebe Mitglieder des Studentischen Rates,

ich bin Gesa, 24 Jahre alt und studiere den interdisziplinären Master „Atlantic Studies“ im zweiten Semester. Vorher habe ich an der LUH Sozialwissenschaften studiert - während meines Bachelorstudiums war ich stets der Basisdemokratischen Fachschaft nahe, sowie drei Jahre als Sachbearbeiterin im Geschäftszimmer des AStA tätig. Dadurch hatte ich einen guten Einblick in die Hochschulpolitik an der LUH. Nach meiner Rückkehr an die LUH, im Oktober letzten Jahres, fühlte ich mich dem AStA und der Hochschulpolitik schnell wieder nah und moderierte so beispielsweise die letzte studentische Vollversammlung.

Nach vieljährigem Engagement im unmittelbaren Umkreis der Hochschulpolitik, möchte ich mich nun aktiv im AStA-Kollektiv einbringen. Daher bewerbe ich mich hiermit als Teil des AStA-Kollektivs auf das Referat Politische Bildung. Im Folgenden möchte ich diese Entscheidung begründen und meine Ideen für die kommende Legislatur vorstellen.

Die Universität ist ein Lernort. Hier soll nützliches Wissen, welches durch Wirtschaft und Politik zu solchem deklariert wurde, in die Köpfe der Studierenden und in neue Forschungsergebnisse - selbstverständlich gemäß der herrschenden gesellschaftlichen Zwecke - produziert werden.

Aber die Bezeichnung des „Lernorts“ beschränkt sich nicht auf den Verwertungszwang innerhalb des Bildungssektors. Lernort heißt mehr – Bildung heißt mehr - Studium ist mehr! An der Universität stehen wir alle im alltäglichen sozialen, kulturellen und politischen Austausch. Durch den intensiven Kontakt mit Kommiliton_innen, Dozierenden, wissenschaftlich Mitarbeitenden und prekär Beschäftigten an der Uni, bilden wir uns und unsere Vorstellung von Gesellschaft alltäglich. Dies ist ebenso wichtig (wenn nicht sogar wichtiger) als das Wissen, das wir durch Seminare und Vorlesungen vermittelt bekommen sollen und welches landläufig als Bildung bezeichnet und verstanden wird.

Mit meinem Referat möchte ich mich dafür einsetzen, dass das universitäre Miteinander auch als elementarer Bestandteil von Bildung verstanden wird. Hierzu ist der Austausch in politischen und sozialen Fragen notwendig, um auch eine gemeinsame Antwort auf die gesellschaftlichen Normvorstellungen von Gender, Sexualität, Ethnie, Class und Body geben zu können.

Um diese Antworten als Verfasste Studierendenschaft finden zu können, gilt es, Studierende für (hochschul-)politische Themen zu sensibilisieren und zu begeistern, um eine Ebene zu schaffen, auf der fortschrittliche Debatten möglich werden. Hierfür möchte ich den gesetzlich verankerten Auftrag der Fachschaften und –Räte, politisch zu bilden, anrufen. Darüber hinaus möchte ich mich, wie auch meine Vorgänger_innen, bei der Organisation und Durchführung des Festival Contre Le Racisme sowie weiteren Veranstaltungen stark machen.

Meine Bewerbung gilt nur als Teil des Kollektivs mit Berfin, Bodo, Christian, Felix, Manda, Patrick und Vincent, da ich mir mein Engagement nur mit diesen Sieben in der folgenden Legislatur vorstellen kann.

6.6. Bewerbung für das Referat „Globalism and Organization“

Liebe Kommiliton_innen,
liebe Mitglieder des Studentischen Rates,

Das Referat „Globalism and Organization“ soll dieses Jahr neu eingerichtet werden. An unserer Universität studiert eine Vielfalt an Menschen, die aus den verschiedensten Regionen dieser Welt kommen und sich sowohl für allgemeinpolitische als auch für hochschulpolitische Prozesse interessieren und direkt davon betroffenen sind.

Um dieser Vielfalt gerecht zu werden und eine bessere Transparenz und Teilhabe zu ermöglichen, möchte das Kollektiv eine Perspektiverweiterung der hochschulpolitischen Landschaft erwirken. Das macht nach unserer Auffassung ein eigenes Referat notwendig.

Dafür wurde das ehemalige „Ausländer_innen“-Referat umstrukturiert und umbenannt. Das Referat „Globalism and Organization“ soll in Zukunft in enger Kooperation mit der/dem Sachbearbeiter_in „Admission“ für die Belange internationaler Studierender eintreten.

Ich bewerbe mich hiermit auf dieses Referat: Mein Name ist Berfin und ich studiere im 6. Semester den B.A. Sozialwissenschaften. Ich selbst engagiere mich unter anderem in einer bundesweit bestehenden und international vernetzten Hochschulgruppe von Studierenden aus Kurdistan und habe somit bereits Erfahrung mit internationaler Organisation.

Ich spreche fünf Sprachen (Deutsch, Englisch, Türkisch, Spanisch, Französisch) und lerne momentan zusätzlich Kurdisch. Dies ist von erheblichem Vorteil, wenn internationale Kontakte geknüpft und gepflegt werden sollen, um die studentische Selbstorganisation weltweit zu stärken. Gleichzeitig möchte ich mich für die internationalen Studierenden vor Ort einsetzen und bin somit gerne Ansprechpartnerin.

Weiter geht es darum, Belangen von Studierenden international eine Plattform zu bieten und gleichzeitig ihr Sprachrohr zu sein. Verstehen wir die Universität als Abbild der Gesellschaft, ist dieses Vorgehen von äußerster Wichtigkeit.

Das Thema „Geflüchtete“ ist und bleibt hochaktuell und wird kontrovers diskutiert. Es gilt Studierende aufzuklären und für die Situation zu sensibilisieren. Darüber hinaus möchte ich mich dafür einsetzen, dass in Hannover wie bereits an anderen Hochschulen auch, geflüchteten Menschen der Zugang zum universitären und hochschulpolitischen Leben ermöglicht wird.

Ich bewerbe mich mit Gesa, Manda, Bodo, Felix, Vince, Patrick und Christian als Kollektiv und freue mich auf spannende Projekte in der kommenden Legislatur 2015/16.

6.7. Bewerbung für das Referat „Soziales“

Liebe Kommiliton_innen,
liebe Mitglieder des studentischen Rates,

mein Name ist Manda, ich bin 27 Jahre alt und studiere im 8. Fachsemester Politikwissenschaft. Ich engagiere mich seit einiger Zeit im hochschulpolitischen Bereich, u.a. war ich Teil des Elchkeller Kollektivs und im „Arbeitskreis zum Umgang mit menschenfeindlichen Ideologien“ aktiv. In dieser Zeit konnte ich schon einen Einblick in die Hochschulpolitik gewinnen. Des Weiteren habe ich im letzten Jahr eine SB-Stelle in der Hochschul- und Studienberatung bekleidet, so dass ich mit den Tätigkeitsfeldern und Organisation des AStA vertraut bin.

Dort und in meinem Job in der Service-Hotline wurde ich schon mit den verschiedensten Hürden und Hindernissen der Studierenden konfrontiert. Dabei wurde mir bewusst, dass ich mich gerne weiter in diesem Bereich als Teil des AStA- Kollektivs engagieren möchte. Daher bewerbe ich mich hiermit auf das Referat für Soziales.

Die Universität ist noch lange kein Raum in dem sich alle Menschen wohlfühlen und frei entfalten können. Täglich kommt es auf den verschiedensten Ebenen zu Diskriminierungen und Ausgrenzungen. Soziale Ungleichheiten jeglicher Art gilt es zu erkennen und zu beleuchten, um aktiv gegen sie vorgehen zu können.

Als Referentin für Soziales möchte ich Menschen helfen, die Diskriminierungserfahrungen in ihrem studentischen und alltäglichen Leben machen mussten. Daher werde ich mich u.a. mit den SB-Stellen für Hochschul- und Studienberatung austauschen, um zu erkennen was aktuelle und akute Probleme der Studierenden sind und diese dann gemeinsam angehen.

Zusätzlich empfinde ich es als elementare Aufgabe dieses Referats, Ursachen von Ausgrenzungen und Diskriminierungen zu erfassen und zu konkreten Projekten und Lösungen dieser Problematiken beizutragen. Um dies konkret umsetzen zu können, möchte ich in Kooperation mit anderen (hochschul-)politischen Gruppen an der Bewusstmachung von sozialen Ungleichheiten wirken und zu ihrer Überwindung beitragen.

Die Universität bietet weiterhin nur sehr begrenzte Möglichkeiten sich in diesem Raum wohlfühlen und diesen auch nach eigenen Vorstellungen mitzugestalten. Daher werde ich mich weiterhin für mehr Freiräume einsetzen und die bestehenden, wie das Stumpf oder den (aktuell geschlossenen) Elchkeller, unterstützen. Diese waren schon immer Orte für kulturelle Veranstaltungen und studentisches Leben und sollen diese Rolle auch in Zukunft weiterhin einnehmen.

Wie auch schon in den vorherigen Legislaturen werde ich mich auch dem Thema Wohnraum widmen. Die Problematik einen geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden, weitet sich immer mehr aus. Oft müssen sich Studierende in finanzielle Nöte begeben oder/und in sog. Randbezirke ziehen. Was zwangsläufig lange Fahrtzeiten mit sich bringt und keine Seltenheit mehr ist. Hierbei möchte ich bereits gewonnenen Erkenntnisse nutzen und bestehende Projekte und Aktionen fortführen, um weiterhin für dieses Thema zu sensibilisieren.

Außerdem werde ich zusammen mit dem Referat für Studium und Kultur u.a. weiterhin das „Alternative Vorlesungsverzeichnis“ betreuen. Dies scheint ungemein wichtig, da viele Aspekte von kritischer Lehre im offiziellen Vorlesungsverzeichnis kaum noch angeboten werden. Um all diese Punkte umsetzen zu können, bin ich auf die Hilfe und Unterstützung des gesamten Kollektivs angewiesen. Außerdem freue ich mich darauf Großprojekte mit dem Kollektiv anzugehen.

Bei den Menschen, die sich mit mir zu Wahl stellen, bin ich mir absolut sicher, dass dies gelingen wird. Daher gilt meine Kandidatur nur im Rahmen dieses Kollektivs.

6.8. Bewerbung für das Referat „Studium und Kultur“

Liebe Kommiliton_innen,
liebe Mitglieder des Studentischen Rats,

Ich heiße Christian, bin 21 Jahre alt und studiere im 8. Semester den Bachelorstudiengang Sozialwissenschaften. Seit einiger Zeit engagiere ich mich in der Basisdemokratischen Fachschaft Sozialwissenschaften und im Elchkeller-Kollektiv. Während der Legislatur 2014/2015 war ich Teil der Hochschul- und Studienberatung des AStA. Im Jahr davor bekleidete ich eine Stelle im Geschäftszimmerdienst. Diese beiden Jahre ließen mich einen konkreten Einblick in die (hochschul-)politischen Abläufe des AStA gewinnen.

Den Lebensabschnitt Studium verstehe ich nicht als notwendige Dienstleistung, um sich den marktwirtschaftlichen Zwängen unterzuordnen, sondern vielmehr als Phase des Lebens, in der Mensch sich dem gesellschaftlichen Leben durch (Eigen-)Bildung bewusst wird und durch individuelle Partizipation an diesem teilnimmt. Mir wurde im Laufe der Zeit immer klarer, dass die Universität als Abbild der Gesellschaft mir hierfür keinen klaren Handlungsspielraum bietet. Dies gilt es zu ändern. Mit fortlaufender Studiendauerwuchs in mir der Wunsch, die Universität zu verändern. Inhaltliche sowie strukturelle Mängel innerhalb des universitären Betriebes, wurden mir deutlicher und ich stellte für mich fest, dass es diese zu beseitigen gilt.

Eine auf marktwirtschaftlichen Aspekten beruhende Politik führt sowohl den Begriff Kultur, als auch den des Studierens ad absurdum. Studium und Kultur sollten nicht als Produkte ökonomischer Verwertungslogik angesehen werden. Vielmehr sollten sich Menschen frei von kapitalistischen Zwängen entfalten können und somit einen Weg in Richtung einer freiheitlichen und fortschrittlichen Gesellschaft ebnen.

Mit dem Referat „Studium und Kultur“ möchte ich daher für die Einrichtung von Frei- und Schutzräumen einsetzen, in denen den Studierenden die Möglichkeit gegeben wird, ihren persönlichen Lebensentwurf den eigenen Vorstellungen nach zu realisieren. Diese lassen sich in der Universität momentan leider nicht in ausreichender Menge wiederfinden, obwohl sie immanent

wichtig für ein (Studierenden-)Leben frei von Diskriminierung, Ausgrenzung und all den anderen Ausschlussprozessen sind, die sich durch bestimmte Distinktionsmerkmale konstituieren.

Zusätzlich möchte ich mich in dieser Legislatur verstärkt damit beschäftigen, wie es ist, mit physischen und psychischen Attributen außerhalb der gesellschaftlichen Norm zu studieren. Ein barrierefreier Zugang zu allen Angeboten der Universität sollte eigentlich selbstverständlich sein. Dies ist faktisch allerdings nicht so. Diesbezüglich möchte ich mich mit verschiedenen Akteuren der Universität auseinandersetzen, um eine größere Sensibilisierung für dieses wichtige Thema zu schaffen.

Des Weiteren haben es Studierende sowie Studieninteressierte, welchen eine Fürsorgepflicht obliegt, schwer, ein Studium zu beginnen, es zu bestreiten sowie es zu absolvieren. Mir ist es daher ein besonderes Anliegen, dafür zu sorgen, dass es diesen Menschen möglich ist, ein normales Studium führen zu können.

Neben den institutionellen Gegebenheiten des Studiums, möchte ich mich auch mit der Lebenswelt der Studierenden befassen und kulturelle Angebote unterstützen. Ich würde mich freuen, wenn ich dazu beitragen kann, dass wieder ein breites Spektrum an kreativen Kursen angeboten wird.

Die Universität lässt sich immer mehr mit einer Ausbildungsstätte für den Arbeitsmarkt vergleichen, in der für das kapitalistische System nicht verwertbare Gedanken keinen Platz finden. Aus diesem Problem heraus entwickelte sich das alternative Vorlesungsverzeichnis, welches es weiter zu verfolgen gilt und an dessen Umsetzung und Weiterentwicklung ich mich intensiv beteiligen möchte. Da ich in allen Teilen des (hochschul-)politischen Programms mit den Menschen übereinstimme, die sich auf die anderen Referate bewerben, sowie gedenke, über mein Aufgabengebiet hinausgehende Projekte mit dem gesamten Kollektiv anzustoßen, ist es mir ein besonderes Anliegen, zu betonen, dass ich mich nicht als Einzelperson auf das Referat bewerbe. In der mehrmonatigen Findungsphase ist zwischen uns ein Bewusstsein entstanden, welches impliziert, dass ich mich lediglich als Teil dieses Kollektivs auf das Referat bewerbe.